

Die Wahlen 2014 – Erste Gedanken

von Norman Birnbaum, 05.11.2014

Die Wahlergebnisse sind noch nicht ganz vollständig, aber die wesentlichen Linien sind bereits klar zu erkennen. Die Republikaner haben ihre Mehrheit im Repräsentantenhaus vergrößert und dort jetzt die größte Mehrheit seit 1928, was die Chancen der Rückeroberung durch die Demokraten bei den Wahlen 2016 verkleinert, unabhängig davon, wie die Präsidentschaftswahl dann ausgeht. Die Wahlbezirke werden von den einzelnen Staaten definiert, und die Republikaner haben auch einige bedeutende Gouverneursposten gewonnen, einige von den Demokraten hinzugewonnen und einige gehalten. Gouverneure mit Mehrheiten in der Legislative ihrer jeweiligen Staaten sind in der Lage, die Meinungsbildung in ihrem Staat zu beeinflussen und die Anwendung von Bundesgesetzen, -verordnungen und -programmen zu behindern. Die Republikaner haben die Gouverneursposten normalerweise Demokratischer Staaten wie Massachusetts, Maryland, Michigan, Illinois und Arizona gewonnen und gleichzeitig die in Florida, Ohio, Texas und Wisconsin gehalten. Am entscheidendsten aber ist, dass sie die Mehrheit im Senat übernommen haben und dort mindestens 52 der 100 Sitze haben werden. Der Senat muss Verträge mit anderen Ländern ratifizieren und kann Nominierungen des Präsidenten für hohe Ämter in Regierung und Justiz ablehnen. Repräsentantenhaus und Senat steuern den Bundeshaushalt, und der Präsident kann die Regierung nicht anweisen, Geldmittel auszugeben, denen der Kongress nicht zugestimmt hat. Der Präsident wiederum kann ein Veto gegen Haushalte und Gesetze einlegen, die beide Häuser passiert haben, und im Kongress fehlt den Republikanern die Zweidrittel-Mehrheit, die erforderlich wäre, um das präsidentielle Veto zu überstimmen. Es gibt also gute Gründe, erbitterten Widerstreit und Pattsituationen zwischen dem Weißen Haus und dem Kongress vorauszusehen, was immer die Parteien auch äußern mögen, um die Öffentlichkeit zu beschwichtigen. Der Präsident kann zur nächsten Wahl nicht mehr antreten, hat noch achthundert Tage im Amt (ungefähr so viele, wie John F. Kennedy, bevor er ermordet wurde) und keine besonders ausgeprägte Solidarität seiner Partei und der Präsidentschaftsanwärter oder der Anwärtler, die jetzt ihre

The 2014 Elections First Thoughts

Norman Birnbaum

The election results are still incomplete but the general outlines are clear. The Republicans increased their majority in the House of Representatives and now have their largest majority there since 1928, reducing the chances of a Democratic reconquest of the majority in 2016 no matter how the Presidential contest of that year turns out. The electoral districts are drawn by the several states, and the Republicans have also won some significant governorships, taking some from the Democrats and retaining others, Governors with majorities in state legislatures are able to influence opinion formation in their states and can hinder the application of Federal laws, regulations, programs. The Republicans won the Governorships of normally Democratic states like Massachusetts, Maryland, Michigan, Illinois. Arizona while retaining Florida, Ohio, Texas, Wisconsin. Most importantly, the Republicans took control of the Senate and will have at least fifty two of its one hundred seats. The Senate must ratify treaties with foreign governments and above all can reject Presidential nominations to governmental and judicial posts. Together, House and Senate control the Federal budget and the President cannot order the government to expend funds unauthorized by the Congress. The President can veto budgets and legislation passed by both houses, and the Congress lacks the two thirds Republican majority that would be required to nullify a Presidential veto. There is every reason to anticipate, whatever the parties may now say to appease public opinion, bitter antagonism and stalemate between the White House and the Congress. The President cannot stand for office again, has eight hundred days of his mandate left (almost as many as John Kennedy had before he was killed) and has no very pronounced solidarity with his party and the Presidential contenders or contender who will now commence campaigning for the nomination. He is therefore likely to use his executive and statutory powers without consistent and close cooperation with the Democrats in the Congress and the states.

Nominierungskampagnen starten. Er wird seine exekutiven und amtlichen Befugnisse deshalb wahrscheinlich ohne durchgängige und enge Kooperation mit den Demokraten im Kongress und in den einzelnen Staaten ausüben.

Das wird umso wahrscheinlicher der Fall sein, als die Demokraten, die sich zur Wahl stellen, sich bereits sehr stark und offensichtlich bemüht haben, auf Abstand zu ihm zu gehen. Historiker werden eines Tages überzeugende Erklärungen hervorbringen, warum das amerikanische Wahlvolk und im besonderen die Meinungsmacher den Präsidenten so systematisch verunglimpft haben. In den vergangenen Wochen wurde er verantwortlich gemacht für die angeblich unetneten und nicht überzeugenden Maßnahmen gegen Ebola in den USA. Dieser Vorwurf beruht zum größten Teil auf magischem Denken (die USA sollen irgendwie ausgenommen sein von Krankheiten, die andere befallen). Es gibt auch erstaunliche Beispiele von Heuchelei, die oft von Politikern stammen, die sich gegen die nationalen Verordnungen zur Gesundheitsfürsorge und damit zusammenhängende Angelegenheiten gerichtet haben. Ihm wird auch die Schuld zugeschrieben für das Erstarken der neuen dschihadistischen Bedrohung, den ISIS – mit der grotesken These, dass diese neue dschihadistische Geißel gar nicht aufgekommen wäre, wenn die USA die Truppen aus dem Irak nicht abgezogen oder die sogenannten moderaten Gruppen in Syrien unterstützt hätten. Diese Behauptung zeugt von totaler Unkenntnis des Nahen Ostens (welche viele Vertreter in Regierung, Kongress und den Medien kennzeichnet) und auch vom primitiven Glauben an die Omnipotenz der USA. Obama hat mehr an Wahrheit über die Welt ausgesprochen als alle seine Vorgänger seit Kennedy – und ist dafür lauthals verdammt worden von vielen in seiner Partei und im Regierungsapparat, die nicht für unsere zunehmend chaotischen und zerstörerischen imperialistischen Abenteuer leben, sondern wohl eher davon. Fakt ist, dass es einen verhärteten Kern von Obama-Hassern in der Bevölkerung gibt, die gewaltig an seiner afrikanischen Abstammung und an seiner (für sie) einschüchternden Intelligenz Anstoß nehmen. Die summieren sich auf nicht weniger als zwanzig Prozent der Bürger – und die Medien, anstatt deren Hass als krankhaft zu kennzeichnen, haben mit ihrer Pseudo-Objektivität diesen Obsessionen auch noch Seriosität verliehen durch ihre

The President is all the more likely to do so since the Democrats running for office were at large and visible pains to take their distance from him. Historians will one day produce convincing explanations of why the American electorate, and the makers of opinion in particular, have so systematically denigrated the President. In recent weeks he has been held responsible for the supposedly erratic and unconvincing US response to Ebola in the US. The charge rests on a great deal of magical thinking (the US should somehow be exempt from diseases which afflict others). They are also striking instances of hypocrisy, coming often from politicians who have opposed Federal regulation of health care and health matters. He has also been blamed for the rise of the latest Jihadist menace, the ISIL group ---with the preposterous assertion that had the US not withdrawn troops from Iraq, or had we backed so called moderates in Syria, the new Jihadist scourge would never have emerged. The assertion reveals total ignorance of the Mideast (which characterizes many in government and the Congress and the media) as well as a primitive belief in the omnipotence of the US. Obama has told more of the truth about the world than any of his predecessors since Kennedy---and has been loudly condemned for it by many in his own party and the governmental apparatus, who live not for our increasingly chaotic and destructive imperial adventures but from these. The fact is that there is a hardened party of Obama haters in the population who take violent exception to his African descent as well as to his (to them) intimidating intelligence. They amount to not less than twenty percent of the citizenry----and instead of treating their hatred as pathology, the media has in its own pseudo-objectivity lent respectability to their obsessions by its own campaign against the President.

eigenen Kampagnen gegen den Präsidenten.

Es wäre für die Demokraten vernünftig gewesen, sich um ihren Präsidenten zu scharen, anstatt panisch von ihm wegzurennen, ihn zu bitten, im Wahlkampf nicht in ihren Bezirken aufzutreten, und sich zu benehmen, als seien die republikanischen Angriffe auf ihn (die oft in hohem Grad aus Falschheiten und Vorurteilen bestehen) plausibel. Indem sie sich von Obama distanziert haben, haben sie im Endeffekt der schäbigen Taktik der Republikaner den Anschein von Legitimität verliehen. Und die Koalition derer, die Obama 2008 und 2012 gewählt haben (Afro-Amerikaner, junge Wähler, gut Ausgebildete, Frauen), fällt inzwischen vor allem durch ihre schwindende Größe auf. Die gesamte Wahlbeteiligung war eine der kleinsten in der neueren Vergangenheit, nur ca. 37 Prozent. Die elektronische Mobilisierung der Demokraten war ein offensichtlicher Fehlschlag... Die demokratische Partei würde gut daran tun, sich zu fragen, warum sie so wehrlos war, warum die Wähler, auf die sie sich verlassen muss, sich in Apathie und Gleichgültigkeit zurückgezogen haben. Die Wirtschaft hat doch Stabilität gezeigt, die Arbeitslosigkeit ist zurückgegangen, das Haushaltsdefizit des Bundes vermindert (das in vielen Wirtschaftsdiskussionen wie ein Fetisch hochgehalten wird). Wenn man Zeitung gelesen oder ferngesehen hat, hatte man aber den Eindruck, dass das Nachrichten aus einer anderen, weit entfernten Welt sind.

Der Präsident selbst trägt aber natürlich auch eine nicht unwesentliche Verantwortung für die fehlgeschlagene Wählermobilisierung, trotz seines späten und wiederholten Flehens, die Bevölkerung solle wählen gehen. Anstatt das Bild einer anderen und solidarischeren Gesellschaft zu entwickeln, hat er Allgemeinplätze von sich gegeben über die Notwendigkeit, den Bürgern der Mittelschicht den Wohlstand zurückzubringen, den sie einst hatte, aber dabei die Tatsache nicht offen ausgesprochen, dass die Einkommen schon seit Jahrzehnten stagnieren. Die Erfahrung tiefgreifender Ungleichheit und des Systems, das diese hervorbringt, ist die zentrale Realität der amerikanischen Gesellschaft. Die Hinweise des Präsidenten darauf waren übertrieben zaghaft, zurückhaltend, und viele Demokraten haben sich gefürchtet, davon überhaupt zu sprechen.

It would have been rational for the Democrats to gather around their President instead of running in panic from him, asking him not to campaign in their districts and behaving as if the Republican attacks on him (often of a large degree of falsehood and prejudice) are plausible. Taking their distance from Obama, they effectively lent the Republicans' sordid tactics the semblance of legitimacy. Meanwhile, the coalition that elected Obama in 2008 and 2012 (Afro-Americans and Latinos, the young, the very well educated, and women) was conspicuous for its shrunken size. The total electorate was one of the smallest in recent history, only about thirty-seven percent. The electronic mobilization of the Democrats was a conspicuous failure.. The Democratic Party would do well to ask itself why it was so vulnerable, why the voters it must rely upon retreated into apathy and indifference. The economy, after all, has shown resilience, unemployment has decreased, the Federal deficit (fetishised in much economic discourse) has diminished. Reading the newspapers or looking at television, one had the impression that this was an event on a distant planet.

The President of course bears no small degree of responsibility for the failure of mobilization, despite his late and repeated entreaties to the public to vote. Instead of developing an image of a different and more solidary society, he voiced commonplaces on the need to restore middle class citizens to the prosperity they once enjoyed, did not directly confront the fact of income stagnation stretching back over decades. The experience of pervasive inequality and the system that produces it is the central fact of American society. The President's references to it have been overly cautious, circumspect, and many Democrats have been afraid to evoke it at all.

Die Programmatik und Rhetorik des Wahlkampfs ließen einen Grad intellektueller Verarmung und geistiger Armseligkeit erkennen, der nahelegt, dass man große Teile der USA mal einer jener demokratiebildenden Missionen unterziehen sollte, von der unser außenpolitischer Apparat so schwärmt. Fast vier Milliarden Dollar wurden für den Wahlkampf aufgewendet, viel davon für primitive wie kurzlebige Fernsehwerbung. Vielleicht war der weitverbreitete Wahlverzicht eine Form des Protests, aber wenn das der Fall war, dann haben sich die Protestler bemerkenswert undeutlich ausgedrückt.

Was nun? Sowohl die Republikaner als auch der Präsident haben großzügige Versprechen zur Zusammenarbeit abgegeben, um einige der Probleme des Landes zu lösen: Bildung, Gesundheitsfürsorge, Infrastruktur, Einwanderungsreform. Der Präsident und die Demokraten sind vom Ausmaß ihrer Niederlage überrascht worden und scheinen keinen vereinten Plan zu haben, damit umzugehen. Die inneren Spaltungen der Republikaner zwischen provinziellen Primitiven und nationalen Republikanern mit einem Gefühl für die globalen Verhältnisse liegen offen zu Tage. Die Republikaner haben einige Kandidaten für den Präsidentschaftswahlkampf 2016, Romney eingeschlossen. Hillary Clinton dominiert im Moment das Feld bei den Demokraten, aber ihre Nominierung ist keineswegs gewiss.

Alle Anzeichen deuten darauf hin, dass es eine Welt außerhalb unserer Grenzen gibt. Der Präsident hat Verhandlungen mit dem Iran geführt, die Israel zu sabotieren versucht und dabei mit einiger Unterstützung aus beiden Parteien rechnen kann. Die Republikaner haben laut nach mehr Engagement im Kampf gegen den ISIS gerufen, aber es ist unklar, ob sie für einen voll ausgeprägten Krieg stimmen würden. Freihandelsabkommen mit Europa und Asien sind vorrangige Themen für die amerikanischen Großunternehmen und werden sowohl von Republikanern als auch von Demokraten gestützt (ausgenommen die gewerkschaftsnahen Demokraten). Die weitere Senkung unserer bereits niedrigen Steuern auf Banken und Industrie- und Dienstleistungsunternehmen wird für die neue Mehrheit eine dringende Frage sein. Der Präsident hat eine realistische Politik gegen den Klimawandel aufzubauen versucht, aber der neue Vorsitzende des Senatsausschusses, der sich damit beschäftigt, hat die

The argument and rhetoric of the campaign bespoke a degree of intellectual impoverishment and spiritual vulgarity which suggests the need for the dispatch to wide areas of the US of one of those democracy building missions our foreign policy apparatus is so fond of. Nearly four billion dollars was spent in the campaign, much of it on television advertising as crude as it was ephemeral. Perhaps widespread electoral abstention was a form of protest, but if so, the protesters have been remarkably inarticulate.

What now? Both Republicans and the President have been prodigious with promises of cooperation to solve some of the nation's problems: education, health care, infra-structure, immigration reform. The President and the Democrats have been taken by surprise by the extent of their defeat and appear to have no unified plan to deal with it. The Republicans' inner divisions, between provincial primitives and national Republicans with a sense of global reality, are on the surface and not beneath it. The Republicans have several contenders for the Presidential campaign in 2016, including Romney. Hillary Clinton at the moment dominates the Democratic field, but her nomination is by no means a certainty.

The available evidence suggests that there is a world beyond our borders. The President has been conducting negotiations with Iran which Israel is seeking to sabotage: it can count on a good deal of support in both parties. The Republicans have loudly demanded more involvement against ISIS but it is unclear that they would vote for full scale war. Free trade treaties with Europe and Asia are priority items for large scale American firms and are backed by both Republicans and many Democrats (the trade union affiliated Democrats are an exception.). The lowering of our already low taxes on banks and industrial and service firms will be a matter of urgency for the new majority. The President has tried to construct a realistic policy on climate change, but the new Chair of the Senate committee dealing with it has described descriptions of global warming as 'a hoax.'. The President meets with the new Congressional leadership on Friday and flies to China next week.

Warnung vor globaler Erwärmung als eine Falschmeldung bezeichnet. Am Freitag trifft sich der Präsident mit der neuen Kongressführung, und nächste Woche fliegt er nach China. Ohne Zweifel werden ihm die Gastgeber dort ihren unnachahmlich langen Blick zurück auf die Geschichte vermitteln. Der Präsident wird sie sicher darum beneiden.

No doubt, his hosts will communicate their inimitable long view of history. The President will surely envy them. .